

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch Postträger 1,40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat.
Durch die Post: 0,10 Mk. für den Monat.

Verlagsdruckerei: Nr. 22666
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Wagenpreise: Die Sperrpreise für die Reichspost über den Raum 0,30 Mk., beträgt 0,50 Mk.
Wagen- und Abzugsgebühren, Sammlerzuschläge, Vertriebs- und Verlagsgebühren 0,40 Mk.
Wellaue: Die Reichspost, bezugslos über den Raum im Jahr 3.—Mk.

Roskes Geist geht um.

Das Proletarier-Massaker in Flensburg.

Bein Tote, 30 Verwundete — Sipo und Maschinengewehre — 1000 Mann Sicherheitssoldaten nach Flensburg abgegangen.

Der Bluthund geht wieder um. Es jährt sich gerade, daß der ehrenwerte Bauer als Reichskanzler sprechende Beweise brachte dafür, daß man die Truppen nicht auflösen dürfe, die zwei Monate danach den Kapp-Putsch machten. Er machte vor dem Reichstag seine Bartholomäusnacht. Er ließ ein paar Duzend Proletarier vor dem Reichstag totschiessen; verreckte Proletarier sind ein lebendiger Beweis für die militärischen Notwendigkeiten der Ebertrepublik.

Und wieder steht die Ebertrepublik vor einer ehenen Tatsache. Die Sipo soll aufgelöst werden. Herr Dr. Simon und Herr Severing brauchen überzeugendere Beweise als erlogene Noten dafür, daß die Grünen notwendig seien. Es reicht nicht mehr das Gekammel von der bereits erfolgten Auflösung. Es reicht auch nicht mehr das Schwanken des roten Tuches. Sie brauchen das rote Blut, um zu beweisen. Es geht um den Futtertrog der grünen Herrschaften, der grünen Offiziere. Also erfindet ein Plüskower Lampenkerl seine spartakistische Putschabsicht und läßt den Genossen Hoffmann verhaften. Auf die Verhaftung folgt der „Fluchtversuch“, auf den „Fluchtversuch“ folgt die Ermordung. Auf die Ermordung folgt die Versicherung der „strengen Untersuchung“, das ist die Litanei der Ebertrepublik.

Aber ein Toter ist zu wenig! Der mag der Entente nicht imponieren. Also benutzt man die gewaltige Kundgebung der Flensburger Proletarier am Grabe des schmählich Ermordeten zu neuen Heldentaten. Die Salven, die Maschinengewehre rattern: die Leichen liegen vor der Flensburger Kaserne wie vor'm Jahr vor dem Reichstagshaus. Beinh Leichen liegen jetzt neben dem ermordeten Hoffmann.

Der Leutnant Dewald, der Mörder Hoffmanns, reibt sich die Hände. Jetzt war's der Nähe wert, den einen ermordet zu haben.

Der Major Plüskow reibt sich die Hände. Jetzt ist der Brotkorb der grünen Offiziere gerettet.

Der Herr Staatsanwalt reibt sich die Hände. Jetzt kann er wieder „strenge Untersuchung“ machen.

Der Minister Severing reibt sich die Hände. Jetzt ist die Unentbehrlichkeit der Grünen bewiesen, besser als durch ein beschmieretes Papier.

Und der „Vorwärts“ reibt sich die Hände. Er verlangt Bestrafung — nicht der grünen Mörder, der Schergen seines Ministers, sondern der „Aufwiegler“.

Der Geist Roskes, der Geist Heines, der Geist der Proletariermörder hat sie — so denken sie — wieder einmal gerettet.

Mag ihnen die Entente die Antwort geben wie sie will. Das Proletariat wird den Mördern, den Ministern samt den Schergen die andere Antwort geben.

Proletarier auf! Heraus zum Protest! Nieder die Regierung der Proletariermörder!

Der Arbeitermord in Flensburg.

Die „rote Fahne“ erhielt folgende Darstellung über die wirklichen Vorgänge in Flensburg, die in kräftigem Widerspruch zur amtlichen Darstellung steht:

An der Beerdigung des Genossen Hoffmann beteiligten sich 15 000 Personen. Die sich an die Beerdigung anschließende Versammlung am Südmarsch beschloß, am Abend eine große Demonstrationsversammlung vor der Nordkaserne zu veranstalten. An der Versammlung beteiligten sich 6000 bis 7000 Personen. Die Genossen von der K. P. D. sorgten für ruhiges Abbrücken der Demonstranten, als plötzlich die Schutzpolizei aus Querstraßen hervorbrach und auf die abrückende Menge scharf feuerte. 10 Tote und 30 Verwundete, Frauen und Kinder, von denen inzwischen verschiedene gestorben sind, blieben auf dem Platze. Das Gewerkschaftshaus wurde durch die Sipo besetzt, die inzwischen aus Kiel auf 1000 Mann verstärkt worden ist. Das Gewerkschaftsstatut erklärte darauf den Demonstrationsstreik für einen wilden Streik mit dem es nichts zu tun habe. — Die erbärmliche Haltung der Gewerkschaftsbürokraten und Rechtssozialisten steht der Bluttat der grünen Roskiden ebenbürtig zur Seite.

Der Mord der Roskepartei.

Redung: Die Sozialdemokratische Partei hat noch in der Nacht ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie energisch von den Demonstranten abbrückt, die Bestrafung der Aufwiegler fordert und an die Arbeiter die Aufforderung richtet, heute früh in die Betriebe zu gehen. Kommentar überflüssig!

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags hat anlässlich der Ermordung des Genossen Hoffmann eine Anfrage an die preussische Regierung gerichtet. Nach einer Darlegung des Tatbestandes werden folgende Fragen an die Regierung gestellt:

Ist die preussische Staatsregierung bereit, Auskunft zu erteilen, ob die Leitung der Staatspolizei in Flensburg sich der Tätigkeit von Spiegeln bedient? Ist die Staatsregierung weiter bereit, über den Hergang der Verhaftung und Erschießung des Hoffmann Auskunft zu geben, und was gedenkt sie zu tun, damit sich derartige Fälle nicht wiederholen?

Was die Roskesozialisten hier aufführen, ist eine Komödie sondergleichen. Denn die preussische Regierung besteht zum größten Teil aus Roskesozialisten.

Unsere Genossen im Landtag werden auch ihrerseits Anfragen stellen und so die Sozialdemokraten in- und außerhalb der Regierung zwingen, Farbe zu bekennen.

Streik im Ruhrgebiet.

Aus Essen wird uns gemeldet, daß die Belegschaften der Zechen „Kronprinz“, „Rosenblume“, „Wiesche“, „Humboldt“ und „Hagenbeck“ vom Mülheimer Bergwerksverein des Stinnes-Konzerns, 10 000 Mann stark, wegen Maßregelung des Betriebsrates seit 4. Januar im Streik stehen. Dem Betriebsrat sollten seine letzten Rechte geraubt werden. Vor einiger Zeit hatten Bergarbeiterverband und Arbeitsgemeinschaft einen neuen Vertrag unterschrieben, wonach Entlassungen ausschließlich durch die Betriebsleitung erfolgen sollten. Jetzt sind die Betriebsratsmitglieder das Opfer ihrer eigenen Dummheit geworden. Die Streikenden sind entschlossen, die verhöferten Rechte zurückzuerobern.

Auch die Landarbeiter wollen kämpfen.

Allenthalben in Deutschland hat der Aufruf der Stuttgarter Metallarbeiter zur Tat, haben die Forderungen, Maßnahmen zu ergreifen gegen die Konterrevolution, für die Bewaffnung der Arbeiter, gegen Bücher und Unternehmerabschottung, für die Arbeiterkontrolle in den Gewerkschaften Widerhall gefunden und Zustimmung erteilt. Nun liegt heute eine Kundgebung aus der rückständigsten deutschen Gewerkschaft, dem Landarbeiterbunde, und dem rückständigsten deutschen Gebiet, Ostpreußen, vor, die mit den Stuttgarter Forderungen im wesentlichen übereinstimmt. Eine Kreisvertrauensmännerversammlung des Landarbeiterverbandes der Kreise Königsberg, Fr. Eylau und Labiau beschloß folgende Resolution:

„Die heute hier tagende Vertrauensmännerversammlung ist mit der bisherigen Politik des D. L. B. nicht mehr einverstanden. Die fortschreitende Herrschaft des Wirtschaftsliebes, die verursacht wird durch die wahnsinnige Profitwirtschaft des heutigen Systems, fordert von jeder Organisation, ob politisch oder wirtschaftlich, den schärfsten Kampf gegen das Guttsbesitzer- und Unternehmertum. Die Guttsbesitzer und Fabrikherren, die die Not des Volkes dazu benutzen, ihre Profite zu verdoppeln und zu ver-

dreifachen, üben bewußt Sabotage an jedem Versuch eines planmäßigen Aufbaues. Die Fabrikbesitzer verlaufen die Fabrikanlagen, die Guttsbesitzer lassen die Felder brach liegen und benutzen sie zur Weide, weil sie für das Fleisch im Schleichhandel und jetzt im freien Handel größere Profite machen können als für Brotgetreide. Der D. L. B., der die Massen der Landarbeiter hinter sich hat, hätte längst zu allen diesen Mißständen Stellung nehmen müssen und die Landarbeiter zum Kampfe aufrufen. Wir verlangen vom Vorstand: Beseitigung der Arbeitsgemeinschaft. Da, wo schärfster Kampf am Platze ist, kann man nicht auf gutmütigem Wege in der Arbeitsgemeinschaft gemeinsam mit denjenigen beraten, die die Schuldigen an der Mißwirtschaft sind, um diese zu heben. Daß die Kapitalisten nicht gewillt sind, auf gutlichem Wege von ihrer Profitgier abzulassen, beweist, daß sie sich alle bis an die Zähne bewaffnet haben. Besonders hier in Ostpreußen ist fast jedes größere Gut ein Waffenlager. Wir erinnern den D. L. B. an das Bielefelder Abkommen. Es wird endlich Zeit, wahrzumachen, was man damals zugesagt hat: Die Schaffung von Arbeiter-Selbstschutzverbänden. Der D. L. B. zusammen mit den übrigen Gewerkschaften sind gerade die Organisationen, die in der Lage wären, das Abkommen wahrzumachen, wenn sie die 8 Millionen Mitglieder dafür zum Kampfe aufrufen. Wir fordern daher weiter:

1. daß der Vorstand des D. L. B. sofort heraustritt an die übrigen Gewerkschaften zwecks Einleitung einer Aktion zur Verwirklichung des Bielefelder Abkommens,
2. daß der D. L. B. den Kampf aufnimmt: für die Kontrolle der Produktion auf den Gütern durch die Guttsräte und Vertrauensleute,
3. für die gerechte Verteilung aller Produkte durch die Gutts- und Kleinbauernräte auf dem Lande, in der Industrie durch die Betriebsräte,
4. für die Entgelnung aller Guttsbesitzer und Bewirtschaftung der Güter durch die Guttsräte unter Hinzuziehung von Fachleuten,
5. Umstellung der gesamten Produktion auf den Bedarf der Bevölkerung gegen die Profitwirtschaft in der Landwirtschaft.

Wir fordern vom Vorstand, daß diese Resolution in der nächsten Nummer der Verbandszeitung abgedruckt

wird und den Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, darüber zu diskutieren."

Ferner wurde in Br. Gyllau und Königsberg beschlossen, zum 1. Januar die Forderung einer Teuerungszulage zu stellen, und zwar für Verheiratete 600 Mk., für Unverheiratete 400 Mk., für jedes Kind 50 Mk.

Der Kompromiß.

Dererrat an den Eisenbahnern.

Meldung:

Am 5. Januar. Heute wurde zwischen dem Ausschuß der Eisenbahner und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums über die Forderungen der Eisenbahnbeamten und -Arbeiter verhandelt. Es kam eine „Einigung“ auf folgender Grundlage zu:

Für die Beamten soll mit Wirkung vom 1. Januar d. J. an der Teuerungszulage zum Grundgehalt und Ortszuschlag von 50 Prozent auf 70 Prozent in Ortsklasse A, auf 65 Prozent in Ortsklasse B, auf 60 Prozent in Ortsklasse C und auf je 55 Prozent in den Ortsklassen D und E erhöht werden. Für die Arbeiter soll vom gleichen Zeitpunkt an der Stundenlohn in der Ortsklasse A um 50 Pfennig, in der Ortsklasse B um 40 Pfennig, in Ortsklasse C um 30 Pfennig, in Ortsklasse D um 20 Pfennig und in Ortsklasse E um 10 Pfennig erhöht werden. Außerdem soll in möglichen Grenzen durch weitere Uebersteigerungszuschüsse in durch hohe Industrielöhne besonders beeinflussten Orten im Rahmen der bisherigen Richtlinien nachgeholfen werden.

Staatssekretär Stieler erklärte sich bereit, diesen Einigungsvorschlag dem Reichsverkehrsminister zur Vertretung in der Reichsregierung zu empfehlen.

Diese „Einigung“ ist als faules Kompromiß, ein erbärmlicher Ferraat an den Eisenbahnern, Arbeitern und Beamten. Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich wieder mal als das entpuppt, was wir von vornherein wußten: als Anwalt der Bourgeoisie — gegen das Proletariat.

Eisenbahner! Arbeiter! Beamte!

Rehmt zu der „Einigung“, die die Jungen erschachert haben, sofort Stellung, erklärt Euch mit dieser „Einigung“ nicht anverwandten.

Sandell endlich gegen Eure Jungen, für Eure Interessen!

Gebt von Eurer ursprünglichen Forderung auch nicht einen Pfennig auf!

Wie die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner mitteilte, hat die bisherige Zahlung — eine Reihe Bezirke fanden noch aus — 140 000 Stimmen Beteiligung ergeben, von denen 124 000 sich für den Streik erklärten. Die Industriebezirke des Rheinlands haben eine Stimmenmehrheit von 91 Prozent für den Streik gebracht.

Produktionsabotage bei den Krupp-Grusonwerken in Magdeburg.

Am 30. Dezember fand in Magdeburg eine Arbeitlosenversammlung statt, zu der auch die noch in Arbeit stehenden Proletarier eingeladen waren. Eine große Anzahl erschien. Der rechtssozialistische Polizeipräsident Krüger hatte alle Vorbereitungen getroffen, um ein Blutbad unter den Versammlungsteilnehmern anzurichten. Das klappte aber nicht, trotz aller Bemühungen der Polizei.

Dagegen haben alle Arbeiter der Krupp-Grusonwerke in Magdeburg, die an der Versammlung teilgenommen haben, am anderen Tag ihre Kündigung erhalten. Dieser geringfügige Anlaß wird also ausgenutzt, um eine großartige Sabotage der Produktion einzuleiten. Bei den Entlassenen der Krupp-Grusonwerke handelt es sich in erster Linie um Eisereiarbeiter. Werden die Arbeiter nicht wieder eingestellt, ist die Stilllegung des gesamten Betriebes die Folge. Dieser krasse Fall von Produktionsabotage zeigt, wie die vernichtende Wirtschaftspolitik des zusammenbrechenden Kapitalismus das Proletariat vor die Entscheidung stellt: elend zugrunde zu gehen oder mit seinen letzten Kräften den Kommunismus zu erringen.

Näherung der Halleischen Kriegslazarette.

Trotz des Protestes der Kriegsbeschädigten sollte nun die Verjagung des Reichsarbeitsministers auf Näherung der Hilfslazarette durchgesetzt werden. Als am 31. Dezember die Lazarettverwaltung die Betten abholen lassen wollte, verhinderten die Insassen der Lazarette einmütig die Herausgabe und weigerten sich, die Lazarette zu verlassen. Darauf verfügte das Hauptverwaltungsamt in Magdeburg telegraphisch, daß den Insassen Verpflegung, Heizung und Pöhlung zu entziehen sei. Trotzdem sind die Kriegsbeschädigten entschlossen, ihren Kampf gegen die Herausforderung der Regierung durchzuführen. Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und die Vertrauensleute der einzelnen Hilfslazarette haben sich in einem Aufruf um Unterstützung an die Arbeiterchaft im Halleischen Bezirk gewandt.

Eine kommunistische Mehrheit im Sangerhäuser Stadtparlament.

Nachdem in den letzten Wochen wegen Streikfragen im Stadtparlament Sangerhausen die Stadtverordneten der sozialdemokratischen Fraktion ihre Mandate niedergelegt hatten, da sich angeblich mit den Kommunisten nicht zusammenarbeiten lassen, rücken nun am Freitag sieben Gewählten die auf der Liste folgenden Kandidaten nach und wurden nach heftigen Auseinandersetzungen in der letzten Stadtwahlversammlung eingeführt. Es stehen nunmehr 16 kommunistische Stadtverordnete 14 bürgerlichen gegenüber.

Die internationale Erwerbslosigkeit.

Wir haben in Deutschland eine Erwerbslosenstatistik, weniger zu dem Zweck, objektiv über den Stand der Arbeitslosigkeit zu unterrichten, als vielmehr ihn zu verschleiern. Aus diesem Grunde baut sie sich auf den Nachweisen der Erwerbslosenfürsorge auf, die bekanntlich nur einem Bruchteil der Arbeitslosen zugute kommt. Da sie zugleich den Kreis ihrer Tätigkeit immer mehr verengt, mit anderen Worten, formale Vorwände benutzt, um immer mehr Erwerbslosen-Fürsorgeberechtigte von der Unterstützung auszuschließen, ist es kein Wunder, daß die Zahl der von ihr Erfassten sich auf einer absteigenden Kurve bewegt und damit ein Nachlassen der Erwerbslosigkeit vortäuscht, das in Wahrheit nicht vorhanden ist. Schon allein die Tatsache, daß nur in Ausnahmefällen die Unterstützungsanträge der Erwerbslosen bewilligt werden, beweist nicht nur die geschilderte Praxis, sondern zugleich auch, daß die Ausweise der Erwerbslosenfürsorge kein Gradmesser für den wirklichen Stand der Arbeitslosigkeit sein können. Es bedeutet deshalb nichts weiter als eine gräßliche und dazu sehr dumme Irreführung der Öffentlichkeit, wenn das Reichsarbeitsministerium die Halbmonatsnachweise triumphierend als Beweis für den „Rückgang“ der Arbeitslosigkeit in Deutschland veröffentlicht. Es entfielen nämlich auf 100 Bewerber Unterstützungsempfänger in

Provinz	Zahl der Erwerbslosenunterstützten insgesamt
Preußen	8,91 169 633
Sachsen	39,07 93 228
Bayern	8,24 27 573
Hamburg	43,38 22 323

Das schreiende Mißverhältnis zwischen der Zahl der Erwerbslosenunterstützung Neisenden und der Zahl derer, die die Unterstützung wirklich erhielten, zeigt ganz klar, in welchem Maße die tatsächliche Arbeitslosigkeit die durch die Erwerbslosenhilfe aufgewiesene übersteigt. Bezeichnend ist übrigens, daß außerdem das Eldorado der deutschen Reaktionäre, Orlsch-Bayern, die Erwerbslosen am brutalsten behandelt. Die Zahl der von seiner Erwerbslosenfürsorge bewilligten Anträge ist am niedrigsten, wobei zweifellos nicht uninteressant für die kapitalistischen Wiederaufbaumethoden der regierenden preußischen Rechtssozialisten die Tatsache ist, daß Preußen dem Ortschaften am nächsten rangiert!

Nach den Ausweisen für das ganze Reich betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im abgelaufenen Jahre:

Stichtag	Zahl der unterstützten Erwerbslosen
15. Januar	454 775
1. August	403 815
1. September	414 672
1. Oktober	395 774
15. November	349 240

Natürlgemäß ist die Erwerbslosigkeit dort am größten, wo die reine Exportindustrie vorherrscht. Das zeigt sich natürlich auch in den Ausweisen der Erwerbslosenfürsorge. Die Exportindustrien haben darunter zu leiden, daß in dem international fortschreitenden Prozeß der Geldentwertung die deutsche Valuta nicht mehr in dem gleichen Wertverhältnis zu dem Gelde einer Reihe von exportierenden Ententestaaten steht, wie etwa zur Zeit des niedrigsten Standes der deutschen Valuta vor etwa einem Jahre. Damals bot die völlige Marktentwertung den deutschen Exporteuren die Möglichkeit, jede Konkurrenz auf dem Weltmarkte glatt zu unterbieten. Die Folge davon war der berühmte deutsche Ausverkauf, eine wirtschaftliche Hochkonjunktur in Deutschland, die gleichermäßen preissteigernd wie produktionszerstörend wirkte. Der Preishochstand ist geblieben, die günstige Exportmöglichkeit jedoch geschwunden, weil sich inzwischen, teils durch eine Besserung der deutschen Valuta, teils durch eine Verschlechterung der Valuten anderer Länder, die als Lieferanten von Industrieprodukten für den Weltmarkt in Frage kommen, die Konkurrenzfähigkeit für die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt verschlechtert hat und für viele Waren überhaupt geschwunden ist. Die Exportindustrien, besonders solche nicht lebensnotwendiger Artikel, schränken deshalb ihre Produktion mehr und mehr ein und verkaufen sich sozusagen, wie die Sozialistische Spigenfabrikation, allmählich auf den Abbruch. Natürlich hat die Arbeiterchaft die Kosten zu zahlen: sie wird dem Berumpfen preisgegeben durch Umabhöfen in das Heer der Arbeitslosen.

Daß gerade die Arbeiterchaft dieser Exportindustrien am stärksten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat, zeigen die Verhältnisse in Sachsen und Thüringen. Es erhielten Erwerbslosenunterstützung in

Provinz	insgesamt	im 1903 Einwohner
Provinz i. B.	11 704	111,3
Fürth	3 640	54,2
Sachsenz. S.-M.	483	31,0
Meißen	917	24,7
Groß-Berlin	87 564	24,2
Sieppig	13 997	23,1
Hamburg	21 200	21,2

Planen ist der Hauptteil der sächsischen Textilindustrie, Sonneberg der Hauptort der Thüringer Spielwarenfabrikation.

In der Romantgroßindustrie, sowohl Rheinland-Westfalens wie Mitteldeutschlands und Oberschlesiens, ist naturgemäß die Arbeitslosigkeit weniger umfangreich. So wurden in Essen a. Ruhr im November des abgelaufenen Jahres nur 185 Erwerbslose von der Fürsorge erfasst. Doch wird auch hier das Heer der Erwerbslosen anwachsen, wenn erst einmal der gegenwärtige Umbauvorgang in deutschen Wirtschaftsländern im Sinne einer gewaltigen Kapazitäts- und Betriebskonzentration, die sich ja seit einiger Zeit in gewaltigen Ausmaßen abspielt, zu einem Abschluß gelangt ist. Die Verschärfung der Betriebskonzentration, die unzweifelhaft die Kapitalistenkraft an Stelle lebendiger Arbeiter, die Nationalisierung des gesamten Produktionsprozesses, die kein Ziel ist, machen unzählige Arbeiter und Arbeiterinnen frei und schalten sie dauernd aus dem Produktionsapparat aus. Und

keine noch so schön frisierte Erwerbslosenfürsorgestatistik wird daran das mindeste ändern!

Wie hoch zur Zeit die wirkliche Zahl der Erwerbslosen in Deutschland ist, läßt sich nur schätzungsweise feststellen. Wahrscheinlich wird sie um die Grenze von etwa 2 Millionen schwanken, wozu dann noch das gewaltige, gleichfalls millionenköpfige Heer der mit verkürzter Arbeitszeit und natürlich auch entsprechend verkürztem Lohne Arbeitenden kommt. Es wäre eine Illusion von verderblicher Wirkung für die Entwicklung der proletarischen Interessen, wenn nicht endlich auch aus den Arbeiterlöhnen die Hoffnung schwände, es könnte diese Entwicklung auch nur im entferntesten mit den Mitteln kapitalistischer Wirtschaft- und Regierungskunst abgestellt werden. Eine Lösung des gordischen Knotens ist eben nur noch auf dem Wege der sozialen Revolution möglich.

Die Reichswirtschaftskrise, die sich mehr und mehr als notwendige Folge der Verwüstung der internationalen Produktion durch den Weltkrieg lähmend auf den Wirtschaftsorganismus aller Staaten legt, macht natürlich die Arbeitslosigkeit zur internationalen Erscheinung, die auch vor den Siegerstaaten nicht halt macht. In Nordamerika und England nimmt die Arbeitslosigkeit ständig zu, weil die nordamerikanische und englische Industrie infolge der Schwächung der Kaufkraft, insbesondere der europäischen Länder, und des völligen Ausfalls Sowjetrußlands als Käufer am Weltmarkte keine ausreichende Absatzgelegenheit mehr findet. In Nordamerika betrug die Zahl der Arbeitslosen Ende des vergangenen Jahres etwa 2 1/2 Millionen, in England etwa 1,1 Millionen. Frankreich zählt zurzeit mindestens eine halbe Million Erwerbsloser, während Italien, Australien, Japan und die südamerikanischen Staaten nicht viel besser abschneiden.

Am brennendsten ist das Arbeitslosenproblem in England. Angesichts der wachsenden Erregung der Arbeitslosen hatte auch die englische Arbeiterpartei eine außerordentliche Konferenz für den 29. Dezember nach London berufen, auf der die Arbeitslosenfrage erörtert wurde. Für den Geist dieser Zusammenkunft ist es bezeichnend, daß man einem Vertreter der 250 000 Londoner Erwerbslosen das Wort verweigerte, weil es kein offizieller Delegierter war! Vergessen protestierte der Kommunist Williams gegen diesen reformistischen Geniestreich, bei dem Henderson, die Säule der zweiten Internationale, sich besonders hervortat. In glänzenden Ausführungen zeichnete dann Williams die revolutionäre Situation; aber die reformistische Mehrheit beschränkte sich darauf, eine Resolution anzunehmen, die zwar in Worten stark ist, jedoch den Willen zur Tat nicht zeigt. Aber auch in England werden die Massen es lernen, über ihre reformistischen Führer zur Tagesordnung überzugehen. So schrieb am 31. Dezember das Zentratorgan der englischen Arbeiterpartei, der Londoner „Daily Herald“, unter anderem im Leitartikel:

„Die verzweifelte Arbeitslosigkeit in Großbritannien erzeugt mit großer Schnelligkeit eine revolutionäre Atmosphäre. Aber keine Revolution, mag sie friedlich oder blutig sein, hat Aussicht auf Erfolg, wenn sie nicht organisiert ist. Die Arbeitslosen selbst müssen sich organisieren und sie müssen mit den noch Arbeitenden zusammenwirken. Wenn man den Hungernden nicht hilft, dann helfen sie sich selbst. Die Arbeitenden müssen die Unternehmer zwingen, die Beschäftigungslosen einzustellen, und sie müssen die Regierung zwingen, einen Absatzmarkt für die Produkte ihrer Arbeit zu eröffnen.“

Mit der letzten Bemerkung meint „Daily Herald“ die vom englischen Proletariat immer stürmischer geforderte Aufnahme der Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland, die freilich nicht nur für England, sondern für die Restitution der gesamten Weltwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung sein wird.

Die amerikanische Wirtschaftskrise.

(„Kofa Wien.“) Aus New-York wird gemeldet: Im Industriezentrum von Detroit wird die Arbeitslosigkeit mit jedem Tage größer. In 79 Fabriken, in welchen noch im Frühjahr 200 000 Arbeiter gearbeitet haben, arbeiten nur 125 000. Die allgemeine Zahl der Arbeitslosen hat jetzt in Detroit allein 100 000 erreicht.

(„Kofa Wien.“) Aus New-York wird gemeldet: In New-York operieren die 6 größten Schneiderrfirmen (Fabriken) ihre Arbeiter aus. 18 000 Arbeiter sind dadurch brotlos geworden.

(„Kofa Wien.“) „The Voice of the Workers“ in Detroit schreibt unter dem Titel: „Der Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft“: Infolge der Arbeitslosigkeit in der Stadt Detroit, Mich., die bereits mehrere Monate unter der Arbeiterchaft anhält, können Hunderte von Arbeiterfamilien ihren Kindern keine Schuhe kaufen, weshalb sie nicht die Schule besuchen können. Der Grund der Arbeitslosigkeit ist die Ueberproduktion der Schuhfabriken dieser Stadt.

(„Kofa Wien.“) Die italienische Arbeiterkammer von New-York hat an alle italienischen Arbeiterorganisationen einen Aufruf erlassen, um die Arbeiter vor der Auswanderung nach Nordamerika zu warnen. Es wird in diesem Aufrufe auf die schweren Krisen hingewiesen, die in der amerikanischen Industrie herrschen. Die Arbeitslosigkeit macht sich immer mehr in allen Industrien bemerkbar. Nach der „American Federation of Labour“ ist die Zahl der Arbeitslosen bereits auf 2 Millionen gestiegen.

Arbeitslosigkeit auch in Dänemark.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark betief sich bei Jahreschluß auf rund 50 000. Davon entfallen 18 000 auf Kopenhagen. In den letzten Wochen hatte sich die Zahl der Arbeitslosen um rund 10 000 erhöht.

Die revolutionäre Gärung in Indien.

(Kofia Wien.) Aus Taschkent (Turkestan) wird den „Zvezdija“ gemeldet: In letzter Zeit hat der Kampf gegen die englischen Unterdrücker in Indien die Form einer terroristischen Aktion angenommen.

Revolutionäre Strömung in der indischen Armee.

Der indische Nationalkongress, der dieser Tage in Nagpur stattfindet, beweist, daß die Radikalisierung auch bisher gemäßigter, kleinbürgerlicher und intellektueller Kreise, steigende Fortschritte macht.

Schon vor 60 Jahren hat ein Aufstand der indischen Söldner Englands die britische Gewaltherrschaft schwer erschüttert. Unter den gegenwärtigen Umständen, wo die arbeitenden Millionen in Stadt und Land sich sofort einer Militärerhebung anschließen würden, wäre ein indischer Militäraufstand tatsächlich der Tod des britischen Reiches.

Krieg Rumäniens gegen Sowjetrußland.

Einige Abendblätter verbreiten ein Radiotelegramm aus Wien, sechs rote Divisionen seien nach einer Depesche aus Bukarest am Dnjepr versammelt.

Der König von Rumänien habe infolgedessen die Jahresschiffe 1914 und 1915 unter die Waffen gerufen. Jonecu habe die Leitung der Eisenbahnen übernommen. Die Eisenbahner seien militarisiert worden.

Die gesamte bürgerliche europäische Presse ist voll von Nachrichten über angebliche Kriegsabsichten Sowjetrußlands gegen Rumänien. In ganz ähnlicher Weise vollzog sich im Sommer dieses Jahres die propagandistische Vorbereitung des polnischen Angriffs gegen Sowjetrußland.

Die Unwahrscheinlichkeit der Meldung über die „Ansammlung roter Divisionen in kriegerischer Absicht“ zeigt sich um so deutlicher, als gerade in den letzten Tagen der 8. Moskauer Sowjetkongress die Gesamt-Demobilisierung der Roten Armee verfügte, deren Stand bis Mitte des Sommers 1921 auf die Hälfte herabgesetzt werden soll.

Währenddessen ruft das weiße Rumänien seine jüngsten Jahresschiffe unter die Waffen und militarisiert die Eisenbahnen. Das bedeutet zweifellos eine neue sehr ernste Gefahr für Sowjetrußland.

Republik Deutschland

Herrn Wirths Märchen.

Der deutsche Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat in Freiburg in einer Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland über Fragen der inneren Politik gesprochen. U. a. gab er einen Ueberblick über den Stand der Reichsfinanzen und erklärte, daß das Rechnungsjahr 1920 mit einem Fehlbetrag von etwa 80 Milliarden Mark abschließen werde.

Herr Wirth hat seinen Hörern ein niedliches Märchen aufgebunden. Es ist heute schon sicher, daß einer Ausgabe des Reiches im Jahre 1920 von rund 160 Milliarden Mark nur eine Einnahme gegenübersteht, die sich bei allergünstigster Schätzung auf etwa 40 Milliarden Mark belaufen dürfte.

diese beiden Positionen ein Defizit von rund 125 Milliarden Mark für 1920 ergeben müßten.

Indem Herr Wirth seinen gläubigen Zuhörern im katholischen Volksverein dieses Defizit um ein volles Drittel verkleinerte, glaubte er zweifellos, seiner Sache einen Dienst geleistet zu haben. Leider aber sind die deutschen Arbeiter auch nicht dümmer als Herr Wirth und lassen sich selbst durch finanzministerielle Rechenkunststücke nicht mehr über den Stand der Dinge in Deutschland täuschen.

Die Einheitsfront gegen Moskau.

In der preussischen Landesversammlung machte Minister Severing (Rechtssozialist) am 8. Dezember 1920 folgende Ausführungen, die wir als besonders charakteristisch nach dem amtlichen Stenogramm wiedergeben:

„Meine Herren, ich bin Mehrheitssozialist und denke, den Grundfragen des Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei treu zu bleiben; aber wenn es darauf anläge, die Front einer Truppe zu verstärken, die sich gegen den Terror richten würde, der uns von Moskau droht, dann stände ich in den Reihen derjenigen, die sich zu diesem Zweck aufstellen, und selbst wenn sie unter Führung des Herrn von der Osten stehen.“

Gewerkschaftliches.

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller.

(17. Fortsetzung.)

Nach unserer Meinung ist das nicht nur ein starkes Bekenntnis zur Arbeitsgemeinschaft, sondern ein Flehen und Jammern um den Bestand der bedrohten Arbeitsgemeinschaft, ein widerliches Bauernschreien vor den Unternehmern.

Wer will angesichts dieser Tatsachen noch behaupten, daß die Gewerkschaften auf dem Wege der Revolutionierung sind? Nein, noch haben die Legiene die Macht in der Hand; sie treiben ihre konterrevolutionäre Politik nach wie vor. Und wenn von Dismann, Simon, Jäckel u. a., den Vertretern der sogenannten Opposition, behauptet wird, ihr Einfluß im A. D. G. habe die Gewerkschaften nach links gezogen, so ist das nur eine der vielen Phrasen, die wir von diesen Leuten zum Ueberdruß vorgelesen erhalten.

Alle bisher zur Revolutionierung der Gewerkschaften angewandten Mittel, alle Versuche, die Macht der Legiene zu brechen, sind erfolglos geblieben. Einmal, weil die Dismann und Genossen keine Revolutionäre sind, sondern nur radikale Phrasenhelben, dann aber auch, weil jedes Kompromiß, das mit Legien geschlossen wird, dessen Stellung festigt.

Diese Betrachtungen zeigen uns, daß die Unternehmer ihren letzten Halt bei den reformistischen Gewerkschaftsführern suchen, daß diese Gewerkschaftsführer die stärksten Stützen der bürgerlichen Gesellschaft sind, indem sie unentwegt an der Politik der Arbeitsgemeinschaft festhalten. Zur Loslösung der Gewerkschaften von diesen Führern müssen andere Mittel angewandt werden als die von Dismann und Genossen angewandten.

Wir wollen uns aber auch darüber klar sein, daß die Legiene aller Schattierungen ihre Politik nicht treiben könnten, die Bourgeoisie nicht stützen könnten, wenn nicht die Millionen Gewerkschaftsmitglieder es sich gefallen ließen. Hier liegt die Wurzel des Übels. Der deutsche Michel begreift es immer erst dann, wenn er es fühlt, wenn es zu spät ist!

Damit es die Gewerkschaftsmitglieder endlich begreifen, damit sie der Herrschaft der Legiene ein Ende bereiten, wollen wir noch einiges aus der Praxis der Arbeitsgemeinschaften mitteilen.

Wir wollen aber auch zum besseren Verständnis derjenigen, die morgen vergessen haben, was heute geschehen ist, einige der vielen Kriegssünden der Gewerkschaftsführer ins Gedächtnis zurückzurufen.

Wir wollen dann weiter die Wege zeigen, die zur Beseitigung der konterrevolutionären Gewerkschaftsbürokratie beschritten werden müssen.

Wir glauben immer noch an den gesunden Sinn der Gewerkschaftsmitglieder; wir glauben, daß sie die Gefahren der Stunde erkennen und mitteilen, aus den Gewerkschaften das revolutionäre Instrument des Klassenkampfes zu machen, dessen das Proletariat zu seiner Befreiung gebraucht.

Aus der Partei.

Protokoll des Haller Parteitages.

Das Protokoll des Parteitages von Halle ist jetzt fertiggestellt. Es kostet im Buchhandel 30 Mt. Organisationen erhalten es zum Vorzugspreise von 18 Mt. Bestellungen nimmt die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin O 2, Breitestraße 8/9, entgegen.

Zur Beachtung!

Es wird Wert auf die ausdrückliche Feststellung gelegt, daß Max Fröhlich aus Neukölln weder im Dienste der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, noch der kommunistischen Internationale steht.

Deutsche im Auslande — bleibt dort!

Wslau, Kr. Bunzlau. Uns wird von dort geschrieben: Außer den aus dem tiefsten Rußland (selbst noch nach dem Kriege) hier herüber gelockten deutschen Rückwanderern (vergl. Räte-Ztg. Nr. 37, Artikel Kris-Exodus) wurden durch die Clappen-Kommandos in Rußland die dortigen Arbeiter-Familien während des Krieges zur Arbeit nach Deutschland gesandt, mit dem Bemerkten, sie seien Deutsche und gehören nach Deutschland. Wie man aber mit diesen Rückwanderer-Familien umgeht, beweist uns nachfolgender Fall: In Wslau, Kr. Bunzlau, waren zwei Landarbeiter-Familien, Kirchner und Kurz, bei einem Gutsbesitzer Lamm beschäftigt, wurden aber als lästige Polen ausgewiesen. Dieselben befinden sich seit dem Jahre 1915 in Deutschland und gehören, wie der ministerielle Erlaß vom 22. Mai 1920 über Ausweisung lästiger Ausländer (Saison-Wanderarbeiter) letzter Absatz besagt (Deutsche Rückwanderer fallen nicht unter die Ausweisung) nach Deutschland. Da die betr. zwei Familien von zwei Gendarmerie-Wachmeistern auf Befehl des Herrn Landrats aus Bunzlau gewaltsam aus der Wohnung in Wslau entfernt, und mit Bewachung zur Bahnstation gebracht wurden, erhoben die Betroffenen Einspruch bei dem Landrat. Der gab ihnen den Bescheid, er glaube, sie seien Polen, und würde in einem anderen Falle genau so handeln. Wir fragen an: Kennt der Landrat nicht den ministeriellen Erlaß vom 22. Mai 1920 oder werden die Befehle an seine Unterorgane nach seinem eigenen Ermessen erteilt, unter Ignorierung aller Erlasse von oben? Da die zwei Familien ihre für den Winter erhaltenen Lebensmittel (Kartoffeln), ebenso einige Wirtschaftsgegenstände (Nähmaschine — Kinderwagen) nicht mitnehmen konnten, mußten sie dieselben schnell verkaufen beziehungsweise stehen lassen. Diese beiden Familien befinden sich in bitterer Not, und fanden vorläufig bei dem hiesigen Fürsorge-Berein deutscher Rückwanderer Unterkunft. So geht es deutschen Rückwanderern unter den christlichen treudeutschen Gutsbesitzern. Bemerken möchten wir noch, daß den dort verbliebenen deutschen Rückwanderern im Kreise Bunzlau das Damoklesschwert der Ausweisung und der bittersten Not über dem Haupte schwebt. Familienmitglieder von 40—50 Jahren sehen einer trüben Zukunft entgegen, und wissen nicht, was ihnen noch bevorsteht. Wir fragen an, ob dieses so weiter gehen soll? Bei Untersuchung dieser Ausweisung können wir einen kleinen Fall, den wir hier nicht näher untersuchen wollen, beleuchten. Einer dieser Wachmeister, welcher mit der Ausweisung dieser zwei Familien beauftragt war, wurde am andern Tage bei einem Patrouillengang von seinem Oberwachmeister — wahrscheinlich im Dienst-eifer — erschossen. Herrliche Zustände!

Ein nettes Betriebsratsmitglied.

Oberlangenbielau. Ein nettes Betriebsratsmitglied ist der Mehrheuler Günzel bei der Firma Chr. Dierig. Er selbst arbeitet täglich 11 Stunden; von 8—4 und dann Ueberstunden von abends 6—9 Uhr. Als einige dort beschäftigten Frauen auch einmal nur eine Ueberstunde machen wollten, verbot er es schlankeweg.

Waldenburg. Am 28. Dezember fand in Waldenburg eine Generalversammlung der Betriebsräte für den Bezirk statt.

Tagesordnung: 1. Neuwahlen der Betriebsräte. 2. Bildungswesen. 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt wurde beschlossen, die Kammer im Januar niederzulegen und einheitlich eine Neuwahl vorzunehmen. Betreffs Schulung der Betriebsräte führte der Betriebsrat, Sekretär Hirsch aus, daß Ueberfluß an Bildungsmöglichkeiten vorhanden sei, nämlich die Volkshochschule und die Parteischule der S. P. D. Der Vortrag über Sozialisierung soll Hilferding, oder Steiger Werner (S. P. D.) halten. Eine Resolution, daß die Betriebsräte zu der 8. Stunde Stellung nehmen sollten, wurde von den Bongen abgemurkt. Unter Verschiedenes erhielt Parteisekretär Franz, (S. P. D.) das Wort. Seine Ausführungen zeigten deutlich, daß die Reaktion bereit ist, einen Bürgerkrieg aufzunehmen. Das Betriebsratsgesetz würde keine lange Lebensdauer mehr haben. Der Umchwung habe nicht allzuviel gebracht. Die Machtinbühung der Arbeiterklasse sei der Gleichgültigkeit ihrer selbst zuzuschreiben. Zum Schluß sagte Herr Franz: „nicht nur das Gewerkschaftsbuch, sondern das der Partei soll man sich vorlegen lassen.“ Der Pharisäer verstieg sich auch zu der Phrasen: „Die 50 000 Einwohner in Waldenburg sehe ich lieber in der S. P. D., als garnicht politisch organisiert!“ In der Diskussion wollte ein Kommunist zu Worte kommen, aber die Rechnung war ohne Daßler und Hirsch gemacht. Sofort setzte eine fieberhafte Heße gegen Kommunisten ein. Der radikale Notbremser Daßler schrie in den Saal: „Ein Agent des russischen Rubels!“ Herr Betriebsratssekretär Hirsch sagte: „Ich stand in dem Geruch Kommunist zu sein, solange wie ich hier sehe spricht kein Kommunist!“ Darauf verließ der Vertreter der S. P. D. das Pult mit der Ausrufung: „Ihr, die Bongen, seid bewußte Verräter und werdet zum zweitenmal wie im November 1918 das Proletariat verraten.“

Fiasco der Hilferdinge.

Die U. S. P. D. hatte in Jellhammer, Dittersbach, Weißstein, Waldenburg und Altwasser öffentliche Versammlungen einberufen. Als Kanone war H. Pieper, Reichstagsabgeordneter aus Dortmund, gekommen. In Jellhammer erschienen 50 Besucher (zum größten Teil Kommunisten). In Dittersbach und Weißstein waren gar keine Besucher. Nur in Waldenburg kam eine Versammlung zustande, dank dem Metallarbeiterangestellten Daßler, der in der Mitgliederversammlung erzählte, daß Otto Hue kommt und über Sozialisierung spricht.

Der Otto tam zwar nicht, dafür Heinrich als Ersatz. Sein einstündiges Referat war eine Schlafrede, die viele Kollegen veranlaßte, den Saal zu verlassen. In der Diskussion

